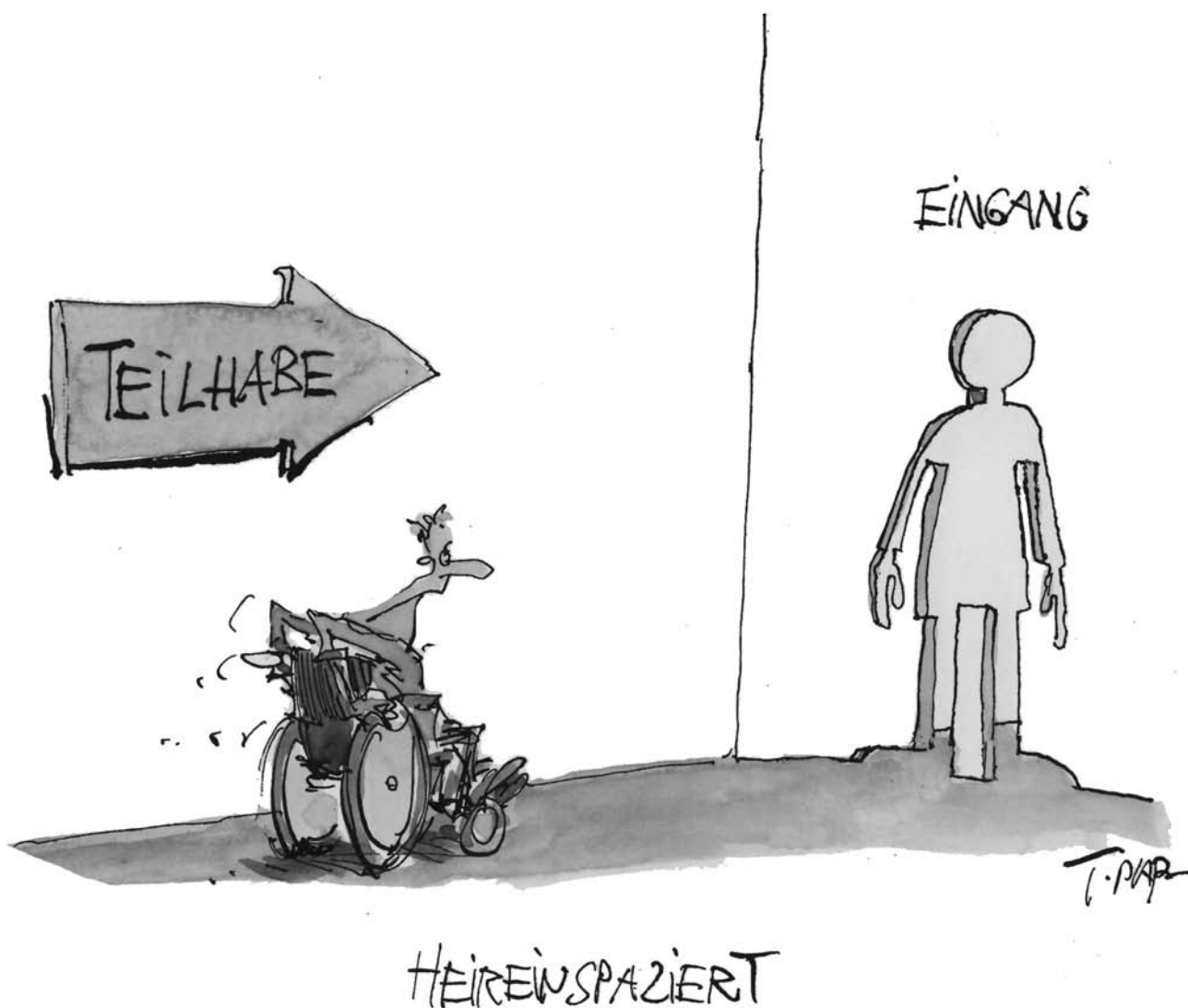


Der Referentenentwurf zum Bundesteilhabegesetz Es passt einfach nicht!



Editorial	4
Politik	
Bundesrat lässt Behinderte im Stich	6
Fiktiver Bescheid an Abgeordnete in Sachen Assistenz	6
Déjà-vu bei der Bundestagsdebatte	7
Politischer Wille und Mut fehlen	10
Harry Hieb informiert über Ungerechtigkeiten	12
Freude über breite Unterstützung für das Recht auf Sparen	13
Wie schaut unser Fukushima aus?	15
Der Traum ist aus - wieder auf der Straße	18
Missbräuchliche Verwendung von Assistenzadressen!	22
Inklusion das Lügenwort	24
Es kreite ein Berg	27
Wir schauen auf unsere Rechte	29
Teilhabe-gesetz massiv nachbessern	29
Ein schändlicher Entwurf	30
Massive Kritik des Paritätischen am Entwurf zum Bundesteilhabe-gesetz	31
Protesttag in der Hauptstadt	32
Das Wutwort des Protesttages	32
Pfeifkonzert vor dem Arbeitsministerium	33
Was für ein Tag	33
Freiheitsbeschrnkende Maßnahmen in heil-pädagogischen Heimen oder Internaten für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen	36
Einkommens- und Vermgensanrechnung erklärt	40
Warum Matthias Grombach in Berlin war	41
Hat das Stockholm-Syndrom Behinderten-verbnde befallen?	41
Von Selbstbestimmung meilenweit entfernt	42
Die Regierungen und die Menschen mit Behinderungen	43
Sichtweisen gehen weit auseinander	45
Protest gegen schlechte Gesetze	49
Protestler am Reichstagsufer verstärkt	50
Gleichstellungsgesetz beschlossen	50
Noch viel zu tun	53
Respekt	54
Aufstand der Behinderten	58
Deutliche Worte an Andrea Nahles	61
Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) der Vereine/Verbnde NITSA e.V., ForseA e.V., MMB e.V.	62

Besser kein Teilhabegesetz als dieses	79
Sozialministerium gewarnt	79

Verschiedenes	
ABiD-Vorsitzender bleibt Ilja Seifert	80

Recht	
Urteile zur Bezahlung von Bereitschaftszeiten	80

Literaturtipps	
Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen	81

ForseA intern	
Arbeitgeber- und Mobilittsstammtische	81
Impressum	82
Wir begrüßen als neue Mitglieder	82
eMail-Adressen	82
Adressen	82
Deutschlandkarte	83
Unser Vorstand	84
Aufnahmeantrag	85
Satzungsauszug	86

Kurz und bunt - Einträge in Facebook	
Doppelt bestraft	11
Einkommens- und Vermgensanrechnung	13
Die Kanzlerin und die Verfassung	13
Wir warten auf den Referentenentwurf	15
Referentenentwurf zum Bundesteilhabe-gesetz (BTHG) ist da	24
Wolfgang Schäuble, ein behinderter Bundesminister	25
Zum Referentenentwurf des BTHG	25
Diskriminierungsfreie Teilhabe ist Menschenrecht	26
Es kreite ein Berg	28
Entweder polnische Pflegekräfte oder Pflegeheim	45
Gestern Abend in „Hart aber fair“	45
Unsere Lebenswirklichkeit	49
Heute haben viele verloren	53
Nochmals AGG	54

Nichts über uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Leserinnen und Leser,

seit den 90er Jahren mache ich nun politische Arbeit. Aber noch nie ist mir Derartiges begegnet wie das, was uns das sozialdemokratisch geführte Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Referentenentwurf vorgesetzt hat. Es ist eine papiergewordene Frechheit, eine Beleidigung für alle die, welche seit 2009 für ein faires Bundesleistungsgesetz aktiv wurden. Kann man die Geringschätzung behinderter Menschen noch deutlicher zum Ausdruck bringen? Meine 2008 verstorbene Frau, die Forsee-Gründerin Elke Bartz, gab uns zwei Wochen vor ihrem Tod in einem Interview mit „Menschen, das Magazin“ mit auf den Weg: „Seid wachsam. Seid achtsam. Sucht euch Freunde. Der Rest kommt von alleine.“ Das mit dem „Freunde suchen“ ging gründlich in die Hose. Man würde es sich vermutlich zu einfach machen, darin die Ursache des Desasters zu sehen. Aber der Alleingang derer, die lediglich die Anrechnungsfreiheit von Einkommen und Vermögen auf ihrer Agenda hatten, beschädigte

die Solidarität und entzweite die Behindertenbewegung. Nutznießerin war die Ministerialbürokratie in Berlin, von der ich annehme, dass sie bei diesem unseren Dilemma eine eigene Rolle innehatte.

Irgendwie schafft man es, der Bevölkerung durch ständiges Wiederholen Aussagen plausibel darzustellen, die einer objektiven Beurteilung kaum standhalten. Den Jungen erzählt man, die Alten wären zu teuer, man müsse die Rentensteigerungen reduzieren und die Lebensarbeitszeit erhöhen. Man kann es durchaus anders sehen: die Jungen genießen niedrige Beiträge und können mehr konsumieren. Das hat zur Folge, dass das Geld heute bei den Alten knapp wird und sie damit deren und ihre eigene Altersarmut befördern. Ähnlich geht es uns Menschen mit Behinderung: Solange sich der unbehinderte Rest der Bevölkerung vor der Auseinandersetzung mit dem Thema „Behinderung“ drücken kann, so lange kann man ihm erzählen, dass es ihm nicht zuzumuten sei, Behinderung auszugleichen. Ein bisschen, ja! Aber keinesfalls mehr und kosten darf es auch nichts! Wäre das Bewusstsein in der Bevölkerung entsprechend des Artikels 8 der Behindertenrechtskonvention von der Regierung befördert worden, wäre dieses System wie eine Seifenblase geplatzt. Daher fasste man selbst das Thema nicht mal mit spitzen Fingern an. Das Parlament spiegelt das Desinteresse der Bevölkerung wider. Während der Debatten zu „Behindertenthemen“ könnten ohne weiteres Reinigungskräfte ihrer Tätigkeit nachgehen.

Dieses Heft erhalten schon seit langer Zeit die Bundestagsabgeordneten der Bundestagsausschüsse Arbeit und Soziales, Gesundheit und

Mitglieder des Haushaltsausschusses. Sie können sich also nicht darauf berufen, von der Verletzung unserer Rechte nichts gewusst zu haben! Das Bundesteilhabegesetz (verhinderungs)gesetz steht nun bald im Bundestag zur Entscheidung an. Auf unserer Internetseite <http://tinyurl.com/j4wtol2> können Sie feststellen, ob Abgeordnete Ihrer Region in diesen Ausschüssen sitzen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns durch eigene Mitteilungen an diese Mandatsträger unterstützen!

Geradezu explodieren könnte ich, wenn ich immer wieder den Satz höre, es könnten nicht alle Wünsche erfüllt werden. Frau Ministerin Nahles, Frau Parlamentarische Staatssekretärin Lösekrug-Möller und Frau Tack (behindertenpolitische Sprecherin): Lassen Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen der SPD, aber auch der CDU / CSU endlich diese Stimmungsmache! Hier geht es nicht um Wünsche, es geht darum, dass uns endlich diese allgemeinen Menschenrechte zugestanden werden, die Sie sich mit der allergrößten Selbstverständlichkeit und natürlich zu Recht zugestehen. Die Bestimmungen der Behindertenrechtskonvention gehen an keiner einzigen Stelle über die Allgemeinen Menschenrechte hinaus. Umso schlimmer wirkt das Gezeiter der Koalition, wenn wir diese für uns reklamieren. Wir verlangen keine Geschenke, sondern die Rechte zurück, die unser Staat ein-kassiert, sobald behinderte Menschen Nachteilsausgleiche, gleich welcher Art in Anspruch nehmen müssen. Das sollten Sie sich endlich mal verinnerlichen und daran denken, ehe Sie wieder so daherreden. Umgekehrt wird übrigens eher ein Stiefel daraus. Der Regierung ist es nicht gestattet, alle eigenen Wünsche, die der Lobbyisten und son-

stiger Einflüsterer aus den Ländern und sonstwoher zu befriedigen. Die Regierung hat einen Amtseid geleistet und ist der Verfassung verpflichtet.

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe“

Es wäre gut, wenn Frau Bundeskanzlerin Merkel und ihre Ressortleiterinnen und -leiter sich dies stets vor Augen halten würden. Denn zehn Millionen Behinderte sehnen sich nach Gerechtigkeit, sind auch deutsches Volk – und Wählerinnen und Wähler!

Es gibt zahlreiche Stimmen, die fordern, dass lieber gar kein Gesetz als ein solches Gesetz kommen solle. Wenn diese sich durchsetzen, dauert es wieder vier Jahre (mindestens!), bis wir eine neue Chance erhalten. Und der Referentenentwurf hätte seinen unlauteren Zweck erfüllt. Die bisherige verfassungsfeindliche Gesetzeslage bliebe erhalten, man müsste den Artikel 4 der Behindertenrechtskonvention nicht mit einem nicht BRK-konformen Gesetz verletzen, eine Verfassungsbeschwerde wäre nur mit einem Urteil möglich. Nein, das ist keine Alternative! Die sollen ein Gesetz machen! Und wenn wir im parlamentarischen Verfahren scheitern, bleibt uns noch das Veto des Bundespräsidenten, der die Ver-

fassung ja auch einbeziehen muss, ehe er seinen Segen dazu gibt. Unterschreibt er – was ich mir beim derzeitigen Text beileibe nicht vorstellen kann – dann bleibt uns die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht. Dessen Ansicht zum Grundrecht „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ ist bekannt.

Die Bundesregierung hat mit aller Gewalt sämtliche behinderungspolitischen Vorhaben an das Ende ihrer Legislatur gedrängt. Derzeit sollten wir Stellungnahmen abgeben zu

- Bundesteilhabegesetz
- Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts
- Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III
- Nationalen Aktionsplan NAP 2.0

Vereine, die ehrenamtlich arbeiten, müssen hier in aller Regel passen. Wir sind froh, dass wir gemeinsam mit MMB und Nitsa mit Rechtsanwalt Dr. Tolmein einen Experten für die Ausarbeitung einer Stellungnahme zum Bundesteilhabegesetz gewinnen konnten. Bei den anderen drei Punkten sind wir auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass größere Vereine mehr Möglichkeiten haben, diese Mammutaufgabe zu leisten.

In diesem Heft nimmt die Diskussion zum Bundesteilhabegesetz breiten Raum ein. Diese Diskussion wird auch – so fürchte ich – die restliche Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode ausfüllen. Jetzt fällt uns auf die Füße, dass im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, durch das Teilhabegesetz dürfe keine Ausgabendynamik entstehen. Wider besseres Wissen haben sich die „sozialen“ und „christlichen“ Möch-

tegernregierer damals versprochen, dass die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention nichts kosten darf. Schon damals haben sie behinderte Bürgerinnen und Bürger auf ihrem Koalitionsaltar geopfert. Damals wurde uns gesagt „nun wartet mal ab.“ Doch genau dieses falsche Versprechen wird nun wahr. Die Länder, gleich welcher Couleur, verweigern sich Mehrausgaben und im Bund hat die schwarze Null des Finanzministers Vorrang vor Verfassungs- und Konventionsverpflichtungen. Als wäre das alles noch nicht genug, wird auch noch der unionsinterne Rosenkrieg auf unserem Rücken ausgetragen. Aus diesem Grund durfte nicht mal der Referentenentwurf an die Öffentlichkeit gelangen, das Kanzleramt verhinderte dies. Es wird höchste Zeit, dass sich unsere Kanzlerin ihrer Richtlinienkompetenz erinnert und in die Niederungen der Behindertenpolitik herabsteigt. Oder will sie zusehen, wie sich die SPD als Koalitionspartner - und zuständig für das Sozialministerium - eine Niederlage vor dem Verfassungsgericht einhandelt? Es wird doch auch die ihrige sein.

Das Jahr bleibt auf jeden Fall spannend und für Menschen mit Behinderung geht es darum, dass wir nicht länger um die Errungenschaft der UN-BRK betrogen werden. Beim nächsten Heft wissen wir hoffentlich schon etwas mehr, wohin die Reise geht. Bis dahin wünschen wir Ihnen einen schönen Sommer!

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz
Vorsitzender

Nichts über uns ohne uns!